

# Kurzinformationen

zusammengestellt von Theo Ebbers

## Allein gegen alle

Zu einer Art Volksheld hat sich in den letzten Monaten der Vorsitzende der Wahlkommission, T.N. Seshan, entwickelt. Sein Ultimatum, es würden keinerlei Wahlen in Indien abgehalten, bevor nicht alle Wahlberechtigten mit Ausweisen ausgestattet seien, hat das gesamte politische Establishment gegen ihn aufgebracht. Mitte Januar trafen sich in Delhi die Chefminister der indischen Bundesstaaten, um Maßnahmen zu diskutieren, wie man den Einfluß und die Macht Seshans einschränken könnte.

Seine Forderungen nach Einführung von Ausweisen für die Wählerschaft, sein Eintreten gegen den Mißbrauch der Verwaltungsmaschinerie für Wahlkampfzwecke, seine Forderung, die Straßenränder und Mauern nicht mit Wahlkampfparolen zu verunstalten und die Lärmbelästigungen während des Wahlkampfes zu vermeiden, sind alle nicht neu und schon oft vorgeschlagen worden. Neu jedoch ist die Entschlossenheit, mit der er diese Forderungen äußert und die Ultimaten, die er mit ihrer Umsetzung verbindet. Für das größte Aufsehen sorgte er mit seiner Ankündigung, nach dem 1. Januar 1995 würden keine Wahlen mehr stattfinden, wenn nicht seine Forderung nach Wählerausweisen mit Paßfotos erfüllt und umgesetzt würde.

Mit der Einführung solcher Wählerausweise will Seshan weitverbreitete Wahlfälschungen verhindern. Die Wahlkommission geht davon aus, daß die Wählerlisten der einzelnen Bundesstaaten viel zu ungenau und zahlreichen Manipulationen ausgesetzt sind und so freie und faire Wahlen nicht garantiert seien. So wird in den Staaten im Nordosten, insbesondere in Assam, Tripura und Westbengalen schon seit langem die Einführung von Ausweisen gefordert, um die Wahlbeteiligung von illegalen Einwanderern und Flüchtlingen aus Bangladesh zu verhindern. Bisher haben aber immer wieder bestimmte Parteien davon profitiert, daß auch diese Bevölkerungsgruppen in die Wählerlisten aufgenommen worden sind.

Bereits im Februar 1992 hat die Wahlkommission unter dem Vorsitz Seshans die Zentralregierung in Delhi in einem Schreiben an Premierminister Rao auf die vielfachen Manipulationen der Wählerlisten hingewiesen und die Einführung von Ausweisen verlangt. Auf diesen Brief haben weder Rao noch dessen Mitarbeiter jemals reagiert.

Es wird geschätzt, daß die Kosten für die Ausstellung der Ausweise etwa 33 Milliarden Rupien betragen werden. Eine Summe, die Zentralregierung und Bundesstaaten nicht aufbringen wollen oder können. Da sie aber auch eine im Grundsatz richtige Idee nicht völlig ablehnen wollten, stimmten sie zu, Seshans Forderung stufenweise umzusetzen.

## Grünes Licht für Rotes Kreuz

Zum ersten Mal hat Indien dem Internationalen Roten Kreuz die Erlaubnis erteilt, ein Team nach Jammu und Kashmir zu entsenden, um die dortige Situation zu untersuchen. Nach Angaben der zuständigen Behörden kann nun jederzeit nach dem 20. März ein Team des Internationalen Roten Kreuz nach

Indien einreisen. Um eventuelle Vorbereitungen zu treffen, können Vertreter der Organisation ab sofort nach Indien kommen.

Mit der Entscheidung, einem Team den Besuch Jammu und Kashmirs zu besuchen, endet ein Prozeß, der vor etwa einem Jahr mit der Bitte des Roten Kreuzes begann, Vertreter nach Kashmir entsenden zu dürfen. Darüber hinaus hat Indien der UN-Menschenrechtskommission angeboten, Vertreter nach Kashmir zu entsenden. Mit diesen Schritten reagiert Indien auf die verstärkte internationale Kritik an der Menschenrechtssituation in Kashmir, die in den letzten Monaten vor allem aus den USA und aus Pakistan geäußert wurde. Vor der Menschenrechtskommission in Genf haben mehrere indische Delegationen in den letzten Wochen versucht, mit detaillierten Statistiken und Videodokumentationen die terroristischen Aktivitäten in Kashmir und deren Verbindungen zum pakistanischen Teil Kashmirs zu dokumentieren. Ziel dieser diplomatischen Bemühungen Indiens war es unter anderem, eine von Pakistan initiierte Deklaration der Kommis-



Indisch-Pakistanische Streitereien (aus: India Today)

sion zu verhindern, in der die Menschenrechtssituation in Kashmir thematisiert wird. Dies gelang auch.

Im Februar ermöglichte Indien einer Delegation von vier Botschaftern der Europäischen Union den Besuch Kashmirs. Wie der deutsche Botschafter, Frank Elbe, im Anschluß an die Reise bestätigte, konnte die Delegation sich in Kashmir frei bewegen. Neben den von der Regierung vorgeschlagenen und arrangierten Treffen, trafen die Botschafter auch Organisationen und Gruppen, die ihnen aus anderen Quellen benannt worden waren. Die Botschafter werden einen gemeinsamen Bericht an die Europäische Kommission verfassen, der dieser als Grundlage für ihre zukünftige Kashmirpolitik dienen soll. Nach indischen Medienangaben zeigten sich die vier Gesandten im Anschluß an ihren Besuch davon überzeugt, daß die 'Terroristen' in Kashmir Unterstützung aus dem Ausland erhalten. Belegt würde dies durch die von ihnen eingesetzten Waffen. Die lokale Bevölkerung werde von den 'militants' bedroht und sehne sich nach einem normalen Leben zurück. Allerdings gebe es auch Ausschreitungen der Sicherheitskräfte gegen die Zivilbevölkerung, so die Botschafter.

Nach Angaben des indischen Innenministeriums werden die 'Terroristen' in Kashmir zunehmend von ausländischen Söldnern unterstützt. Geschätzt wird deren Zahl gegenwärtig auf 1.400. Was an diesen Zahlen und Aussagen stimmt, ist schwierig zu durchschauen. Auf internationaler Bühne

sind Indien und Pakistan zur Zeit in einen heftigen Propagandakrieg um Kashmir verwickelt, in den sich immer häufiger die USA einzumischen scheint.

Die von Indien veröffentlichten Zahlen und Informationen über terroristische Aktivitäten in Kashmir und die Öffnung des Staates für ausländische Besucher sind Teil der indischen Bemühungen, der Welt ein 'differenziertes' Bild von der Menschenrechtssituation in Kashmir zu präsentieren.

### Müllhalde Indien?

Im Namen von Freihandel und freier Marktwirtschaft ist in allen Bereichen der indischen Wirtschaft alles Ausländische hoch willkommen. Hierzu gehören so wichtige Dinge wie Mineralwasser, Whisky, Kaugummi, Zigaretten, Kartoffelchips, Coca Cola und ähnliches. Oftmals ohne Wissen der lokalen Bevölkerung, wird auch in zunehmendem Maße Abfall aus den 'entwickelten' Ländern nach Indien importiert. Beispiele aus einer 'Greenpeace'-Studie: Im August 1993 exportierte Großbritannien 501 Tonnen gefährliche Abfälle nach Indien. Pepsi Cola verschifft 1992 über 7.000 Tonnen Plastikmüll nach Indien. Deutschland, der weltgrößte Exporteur von Abfällen, exportierte 1989 knapp 450.000 Tonnen Müll nach Indien. 1992 wurden über 390 Tonnen zinkhaltige Aschereste und über 40 Tonnen gefährlichen Plastikmülls aus Kanada nach Indien verschifft.

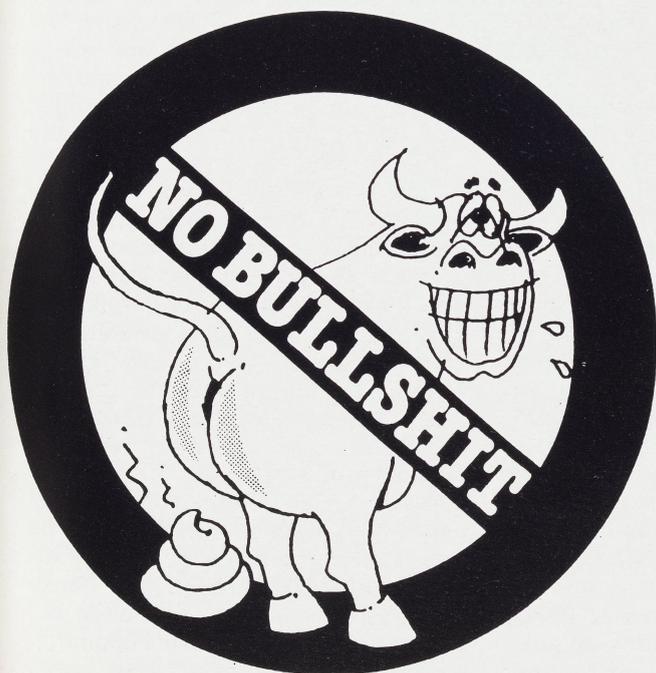
Unter dem Banner von 'Umweltschutz' und 'natürlicher Landwirtschaft' soll nun Kuhdung aus den Niederlanden nach Indien importiert werden. Um dem Mist ein grünes Etikett zu geben, wird er 'Envirodung' genannt. Dies ist ein neuer Weg, umweltgefährdenden Dung niederländischer Zucht- und Mastviehs auf billige Weise los zu werden. In den Niederlanden bereitet die Entsorgung der dort anfallenden Güllemengen schon seit langem Schwierigkeiten, belasten sie doch zuneh-

mend das Grundwasser mit Nitrat und anderen Chemikalien. Da die Beseitigung im Meer durch EG-Gesetze verboten ist, sieht die niederländische Regierung eine Alternative im Export in Länder der sogenannten Dritten Welt.

Das in Wassenaar ansässige Unternehmen 'Seaswan B.V.' hat vom niederländischen Landwirtschaftsministerium die Zusage erhalten, 'Envirodung' zu subventionieren. In Zusammenarbeit mit dem indischen Unternehmen 'EID Parry' sollen nun jährlich sieben bis zehn Millionen Tonnen Gülle nach Indien eingeführt und dort verkauft werden. Die Gesamtinvestitionen des Projektes werden auf 420 Millionen US-Dollar geschätzt. Die Kosten in den Niederlanden sollen von den dortigen Landwirten getragen werden, die froh sind, den Dung entsorgen zu können. Die Investitionen, die in Indien notwendig sind, um 'Envirodung' zu importieren, werden auf 150 Millionen US-Dollar geschätzt. Dadurch sollen 150 Arbeitsplätze für die lokale Bevölkerung geschaffen werden.

### Unruhen in Uttar Pradesh

Die Regierung Uttar Pradeshs, deren Koalitionspartner BSP ('Bahujan Samaj Party') unter Kanshi Ram sich durch ihre konsequente Politik gegen höhere Kasten auszeichnet, steht nach Ausbruch blutiger Unruhen schon zwei Monate nach ihrem sensationellen Wahlerfolg im Kreuzfeuer oppositioneller Kritik. In Kanpur brachen blutige Auseinandersetzungen aus, nachdem Anfang Februar in der Nähe der Stadt ein örtlicher BJP-Führer einem Mordanschlag zum Opfer gefallen war. Innerhalb von wenigen Stunden versammelten sich hunderte von protestierenden BJP-Anhängern. Kurz darauf entluden sich die aufgebauten Spannungen in ersten Gewalttätigkeiten, bei denen mehrere Menschen ihr Leben verloren. Trotz einer sofort erlassenen Ausgangsperre für ganz Kanpur, kam es in den folgenden Tagen immer wieder zu sporadischen Gewaltausbrüchen. Geschäfte wurden geplündert und in Brand gesteckt, die Polizei setzte Tränengas ein und eröffnete das Feuer auf Randalierer. Dabei wurde mindestens ein Mensch getötet. Obwohl die Polizei schon zwei Tage nach dem Mordanschlag gegen den BJP-Führer einen möglichen Täter präsentierte und angab, der Anschlag habe keine politischen Hintergründe, rie-



fen BJP-Mitglieder immer wieder zu Protesten auf.

Auch in anderen Regionen und Städten Uttar Pradeshs kam es Anfang Februar zu blutigen Unruhen, nachdem bei verschiedenen Zwischenfällen mehrere Personen getötet wurden. In Varanasi mußte die 'Benares-Hindu-Universität' geschlossen werden, nachdem Studentenproteste gegen die Ermordung von vier 'Kastenhindus' durch Angehörige niedrigerer Kasten in Straßenschlachten zwischen Studenten und der Polizei eskalierten.

Diese gewalttätigen Ausschreitungen und die damit verbundenen Ausgangssperren sind der vorläufige Höhepunkt der Zwischenfälle und Übergriffe, in denen vor allem 'Unberührbare' (Dalits) die Opfer waren. Für die erst seit knapp drei Monaten im Amt befindliche Regierung Uttar Pradeshs werden diese Gewalttätigkeiten zu einer ersten Bewährungsprobe. Dabei ist der Vorwurf der Regierungsparteien, die Unruhen seien von der BJP provoziert worden, nicht völlig von der Hand zu weisen. So sind während der Unruhen mehrere Hundert BJP-Anhänger wegen Unruhestiftung und gewalttätigen Aufruhrs von der Polizei festgenommen worden. Offenbar hat die BJP ihre Wahlniederlage in ihrer 'Hochburg' Uttar Pradesh nicht verwunden und sucht nun jede Gelegenheit, die neue Regierung zu diskreditieren - und sei es durch das Schüren von gewalttätigen Unruhen.

### Phoolan Devi frei

Die 'Königin der Banditen', wie Phoolan Devi nicht nur von indischen Medien bezeichnet wird, ist wieder auf freiem Fuß. Nachdem die Landesregierung von Uttar Pradesh dem Obersten Gericht mitteilte, sie werde alle 55 Anklagepunkte gegen Phoolan Devi fallen lassen, wurde sie nun aus der Haft entlassen.

Als sich die legendäre Bandenchefin am 12. Februar 1983 der Polizei in Madhya Pradesh stellte, konnte wohl niemand ahnen, daß die 'Banditenkönigin' elf Jahre später so charismatisch werden und so viel politisches Potential erlangen würde, daß Politiker und politische Parteien darum kämpfen, in der Öffentlichkeit als ihre Wohltäter angesehen zu werden. Mulayam Singh, der neue Chefminister Uttar Pradeshs, scheint dieses Rennen für sich entschieden zu haben, als er Mitte Januar auf einem öffentlichen

Empfang für Angehörige der 'rückständigen' Kaste der 'Nishad' (Boatmen), der Phoolan Devi angehört, verkündete, die 55 Anklagepunkte, die gegen sie vorlägen, würden von seiner Regierung zurückgezogen. Dies gilt auch für die Devi zur Last gelegte Ermordung von 20 Angehörigen hochkastiger Thakurs in dem berühmt gewordenen 'Behmai Massaker'. Dieser Zwischenfall brachte seinerzeit nicht nur Phoolan Devi ins Rampenlicht der Öffentlichkeit, sondern erschütterte die damalige Landesregierung unter V.P. Singh. Dieser hatte geschworen, das Land aus dem Würgegriff des Banditentums zu befreien. Die Ermordung der 20 Thakurs durch Phoolans Bande zwang ihn damals, seine Ämter niederzulegen.

Interessanterweise war Singh im vergangenen Jahr einer der ersten Politiker, die versuchten, Phoolan Devi als Kandidatin für die im November 1993 stattgefundenen Landesparlamentwahlen zu gewinnen. Phoolan Devi wird heute allgemein als Opfer der rigiden Kastengesellschaft gesehen, in der sie aufgewachsen ist. "Elf Jahre Haft sind mehr als Phoolan verdient hat", so Mulayam, "schließlich können wir nicht die Umstände ignorieren, die sie gezwungen haben, sich den Banditen anzuschließen."

Ist die durch Legendenbildung verzerrte Geschichte der Phoolan Devi wahr, wurde sie von ihrem Ehemann regelmäßig geschlagen und vergewaltigt. Sie begann ein Verhältnis mit einem gesuchten Verbrecher, Vikram Mullah, mit dem sie schließlich bis August 1980, als er in einem Feuergefecht starb, zusammenlebte. Kurz darauf wurde sie von Thakurs des Dorfes Behmai entführt, von etwa 20 von ihnen vergewaltigt und dem Gespött der Öffentlichkeit ausgesetzt. Sie floh in die unzugänglichen Gebiete der 'Chambal'-Schluchten und wurde zur Lebensgefährtin von Mustaqueen, der die Bande Vikrams übernommen hatte. Am 14. Februar 1981 nahm sie Rache für die Erniedrigungen und Demütigungen, die sie durch die Thakurs in Behmai erfahren hatte. Sie führte eine Gruppe von Mustaqueens Männern in das Dorf, trieb ihre vormaligen Folterer und deren Helfer zusammen und eröffnete das Feuer auf sie. Von den 26 Männern starben 20. Durch dieses Massaker wurde sie über Nacht als 'Königin der Banditen' berühmt. Die Landesregierungen von Uttar Pradesh und Madhya

Pradesh setzten eine massive Fahndung in Gang, die jedoch erfolglos blieb. 1983 stimmte sie schließlich zu, sich zu ergeben, wenn ihr garantiert würde, nicht an die Behörden Uttar Pradeshs ausgeliefert zu werden. Bis Ende 1993 saß sie daraufhin im Gefängnis von Gwalior (Madhya Pradesh) in Haft.

Mehrfach hatte Phoolan Devi Gnadengesuche eingereicht und darum gebeten, das Verfahren gegen sie aufgrund ihrer angegriffenen Gesundheit einzustellen. Mulayam Singh, der als neuer Chefminister Uttar Pradeshs oft als 'Messias der unteren Kasten' gefeiert wird, hat diese Gelegenheit genutzt, seinen Rückhalt bei den sogenannten 'rückständigen' Kasten zu festigen und sich einen nicht unbedeutenden politischen Vorteil gegenüber seinen politischen Rivalen zu verschaffen. Nach ihrer Freilassung will sich die heute 36jährige nun auf politischer Ebene für die Anliegen der Frauen und der rückständigen Kasten einsetzen.

### Der 'Heilige' und die Frauen

Swami Nischalananda, der 'Sankaracharya' von Puri, hat mit seinen jüngsten Äußerungen über Frauen, Unberührbare und Religion selbst in der konservativen hinduchauvinistischen BJP für Diskussionsstoff gesorgt. Während einer öffentlichen Versammlung in Kalkutta verhinderte einer der fünf ranghöchsten Würdenträger der Hindus die Rezitation von vedischen Hymnen durch eine Frau. Er begründete seine Aktion damit, daß es Frauen nicht gestattet sei, die heiligen Schriften zu lesen. Mit seiner Aktion habe er die Frau vor ewiger Verdammnis bewahrt, versuchte der Swami sich zu rechtfertigen. Auf die Frage, wer seiner Meinung nach die Sudras seien, antwortete er, dies seien diejenigen, bei denen es Witwen erlaubt sei, erneut zu heiraten. Sudras und Frauen, so der Sankaracharya, sei der Zugang zu den heiligen Schriften verwehrt. Die indische Verfassung ignorierend, erklärte Nischalananda, die Hindus seien die Könige Indiens und nur ihnen sei es gestattet, Gesetze zu erlassen; die anderen religiösen Gemeinschaften sollten dies niemals vergessen. Während aus den Reihen der BJP, insbesondere aus deren Frauenorganisation, scharfe Kritik an den Äußerungen des Sankaracharya laut wurde, enthielten sich andere rechtsgerichtete Hindugruppierungen, wie die VHP jeden

Kommentars. Seit Jahren versuchen diese Gruppen, das Ideal der 'Bharatiya Nari' zu propagieren, die immer zwei Schritte hinter ihrem Ehemann läuft.

Als 1987 die junge Witwe Roop Kanwar in Deorala/Rajasthan gezwungen wurde, sich selbst auf dem Scheiterhaufen ihres Mannes zu verbrennen, wurde dies von dem Vorgänger Nischalanandas in Puri verteidigt. Der damalige Sankaracharya startete eine Kampagne zur Rechtfertigung dieses Zwischenfalls. Die gegenwärtige Vizepräsidentin der BJP, Scindia, stimmte damals diesen Ansichten zu. Auch in der 'Shiv Sena' müssen diese Äußerungen wohl begrüßt worden sein, hat sich diese doch in ihren Angriffen gegen eine zu kritische Presse jüngst nicht weniger frauenfeindlich geäußert.

### Thackery und die Pressefreiheit

In einer heftigen journalistischen Attacke gegen das Fernsehmagazin 'Newswatch', das kritische Berichte über die 'Shiv Sena' und deren Zeitung 'Samna' gesendet hatte, hat die 'Shiv Sena' Zeitung 'Dopahar ka Samna' Journalistinnen mit Prostituierten verglichen, die sich anschickten, einen Tempel zu entweihen. Wörtlich heißt es in dem Blatt: "Diese Mädchen arbeiten tagsüber in den Zeitungsredaktionen und abends vergnügen sie sich mit ihren Liebhabern an den Stränden von Dadar und Bandra. Wenn solch frivole Leute so ernste Angelegenheiten wie die Ansichten Bal Thackerys kommentieren, ist das, als ob Prostituierte sich entschlossen haben, unsere Tempel zu verunreinigen." In ihrem jüngsten Angriff gegen einen kritischen Journalismus wird diesen 'Prostituierten' vorgeworfen, sie hätten keinerlei Bedenken, die Interessen der 'moslemischen Verräter' zu vertreten, da sie ihrem eigenen Land nicht verbunden seien. Sich jede Kritik an Parteichef Thackery verbittend, heißt es in dem Blatt, diese "in Klöstern erzogenen Mädchen sind an einer Verschönerung beteiligt, die sich das Ziel gesetzt hat, das kulturelle Erbe des Landes zu zerstören".

Der 'Konflikt' zwischen dem Führer der 'Shiv Sena' und der Presse Maharashtras nimmt unterdessen zunehmend schärfere Formen an. Als eine Gruppe von Journalisten eine von Thackery in Aurangabad veranstaltete Pressekonferenz verließ, um gegen den Ausschluß eines

ihrer Kollegen von dieser Veranstaltung zu protestieren, wurden sie von 'Shiv Sena' Aktivisten zusammengeschlagen. Daraufhin folgten die meisten Herausgeber Bombayer Zeitungen und Zeitschriften einem Boykottaufruf der Journalisten und schlossen die 'Shiv Sena' von ihrer Berichterstattung aus. Erst nach über zwei Wochen, nachdem die Polizei zehn der Schläger aus Aurangabad festgenommen und auch gegen Thackery selbst rechtliche Schritte eingeleitet hatte, hoben die Herausgeber diesen Bann wieder auf.

### Übergriffe gegen Dalits häufen sich

Äußerungen, wie die des Sankaracharya oder die von Thackery gegen Frauen, die aus hindu-chauvinistischen Gruppierungen verlauten, sind Indizien für deren Versuch, die Wertvorstellungen höherer Kasten wiederzubeleben und landesweit durchzusetzen. Frauen und Dalits ('Unberührbare'), vor allem aber Dalit-Frauen, sind die ersten Opfer dieser Politik, wie eine Reihe von Zwischenfällen aus den letzten Monaten belegt.

Kurz nachdem bekannt wurde, daß alle Anklagepunkte gegen Phoolan Devi fallengelassen würden, hat eine andere Frau eigentlich jeden Grund erhalten, deren Fußstapfen zu folgen und gleichfalls 'kriminell' zu werden. In dem kleinen Dorf Dauna in Uttar Pradesh, wurde Sivapati, eine 'Unberührbare', von Angehörigen 'höherer' Kasten gewaltsam entkleidet und nackt durch das Dorf getrieben. Einige Tage vor diesem entwürdigenden Vorfall hatte sich der Sohn Sivapatits darüber beklagt, daß Angehörige der Kaste der Kurmis von seiner Farm Erbsen gestohlen hatten. Er lieferte sich eine Auseinandersetzung mit den Kurmis in deren Verlauf er einem von ihnen eine Ohrfeige versetzte. Dies war zu viel für die Kurmis, die es nicht gewohnt sind, daß sich ein Dalit gegen sie auflehnt. Sie reagierten, in dem sie die Ehre seiner Mutter aufs entwürdigendste verletzten. Und niemand in dem Dorf wagte es, Sivapati zu Hilfe zu kommen.

In dem in der Nähe von Fatehpur gelegenen Dorf Silawan, wurden nach Landstreitigkeiten etwa 200 Hütten von Dalits zerstört und sechs Dalits aus der Kaste der Kanjars getötet - wahrscheinlich von Kurmis.

Ende Januar wurden 40 Hütten von Dalits in dem Dorf Badaun ver-

brannt und die Frauen des Dorfes vergewaltigt, nachdem die Dalits des Dorfes die Einrichtung und Benennung einer Schule nach Ambedkar verlangten, und in Agra wurde eine minderjährige 'Unberührbare' vergewaltigt.

Auffällig bei diesen Übergriffen gegen 'Unberührbare' ist, daß sie zumeist von sogenannten 'Other Backward Castes' (OBC's) begangen werden und nicht von den hohen Brahmanen oder Kriegerkasten. Die Kurmis und Yadavs gehören zu den unteren Kasten, grenzen sich selbst jedoch nachdrücklich von den 'Scheduled Castes' oder 'Unberührbaren' ab. Ihre 'Vorrangstellung', die sie auch unter der neuen Landesregierung von Mulayam Singh Yadav und dessen Bündnispartner Kanshi Ram nicht verlieren wollen, demonstrieren sie vor allem an den Dalit-Frauen. Sexuelle Belästigungen, (Massen-)Vergewaltigungen und entwürdigende öffentliche Erniedrigungen sollen das Selbstbewußtsein der Dalits zerstören. Verlieren sie durch solche 'Aktionen' ihren Selbstrespekt, verlieren sie auch den Mut, sich gegen die unterdrückerischen Gesellschaftsstrukturen aufzulehnen.

### Touristenboom

Das Chartergeschäft nach Indien boomt. Waren es 1992 nur 225 Charterflüge, die in Indien landeten, so stieg deren Zahl 1993 auf 605 an. Sie brachten über 60.000 Touristen nach Indien. Auch die Gesamtzahl der Indienreisenden wächst. Allein im Dezember 1993 kamen über 214.000 ausländische Touristen nach Indien - die höchste Zahl, die bisher in einem Monat erreicht wurde. Diese Zahlen, die Ende Januar in Delhi vom Ministerium für Tourismus bekannt gegeben wurden, sind ein wenig überraschend, da der 2. Golfkrieg, die Ereignisse um Ayodhya und die nachfolgenden Unruhen, die Bombenanschläge in Bombay und das Erdbeben in Maharashtra jeweils zu Buchungsrückgängen geführt hatten. Nach Angaben des Ministeriums setzt sich der Boom in diesem Jahr offenbar fort. Die Zahl der Ankünfte ausländischer Touristen im Januar lag um 28 Prozent höher als im Januar 1993.